

# Download

Lars Gellner, Walter Schellhas

## Politik an Stationen Klasse 7 u. 8

Das politische System der BRD

VORSCHAU

Downloadauszug  
aus dem Originaltitel:



# Politik an Stationen Klasse 7 u. 8

Das politische System der BRD

VORSCHAU

Dieser Download ist ein Auszug aus dem Originaltitel  
Politik an Stationen Klasse 7 u. 8

Über diesen Link gelangen Sie zur entsprechenden Produktseite im Web.

<http://www.auer-verlag.de/go/dl6782>

## Wirtschaften, Haushalten, Umwelt schützen

Die Seiten 45 bis 56 sind in entsprechender Anzahl zu vervielfältigen und den Schülerinnen und Schülern bereitzulegen. Als Möglichkeit zur Selbstkontrolle können Lösungsseiten erstellt werden.

S. 45	Station 1	<b>Auskommen mit dem Einkommen:</b> evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 47	Station 2	<b>Thema „Bankgeschäfte“:</b> Buntstifte, Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 49	Station 3	<b>Verkaufstricks widerstehen:</b> evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 51	Station 4	<b>Auf die Verpackung kommt es an:</b> evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 52	Station 5	<b>Was passiert mit unserem Müll?:</b> evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 53	Station 6	<b>Atomkraft – Pro und Kontra:</b> Buntstifte, evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 55	Station 7	<b>Erneuerbare Energiequellen:</b> Plakatkarton, Klebstoff, Buntstifte, Bildmaterial, Computer mit Internetzugang bereitstellen (siehe auch Arbeitsblatt)
S. 56	Station 8	<b>Energiesparen im Haushalt:</b> evtl. Computer mit Internetzugang bereitstellen

## Das politische System der BRD

Die Seiten 57 bis 65 sind in entsprechender Anzahl zu vervielfältigen und den Schülerinnen und Schülern bereitzulegen. Als Möglichkeit zur Selbstkontrolle können Lösungsseiten erstellt werden.

S. 57	Station 1	<b>Politik – nicht mitmachen, gilt nicht!</b>
S. 58	Station 2	<b>Über 60 Jahre deutsche Verfassung:</b> Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 59	Station 3	<b>Der Bund und die Länder</b>
S. 60	Station 4	<b>Politische Parteien in Deutschland:</b> Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 61	Station 5	<b>Die Wahlgrundsätze in Deutschland:</b> Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 62	Station 6	<b>Bundestag und Bundesrat:</b> Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 63	Station 7	<b>Bundesregierung und Opposition:</b> Buntstifte, Computer mit Internetzugang bereitstellen
S. 65	Station 8	<b>Die Träger hoher Staatsämter:</b> evtl. Computer mit Internetzugang und Lexikon bereitstellen

Muster zur Ansicht

## Politik – nicht mitmachen, gilt nicht!

„Politiker machen nur leere Versprechungen!“

„Politiker sind rechthaberisch, machtorientiert, streitsüchtig, arrogant und unehrlich!“

„Politiker sind unglaublich – sie schieben die Schuld an Fehlern immer anderen zu!“

„Politik ist zu langweilig. Sollen die doch machen, was sie wollen. Es ändert sich doch sowieso nichts!“

### Aufgabe 1

Welche Ansichten teilst du und welche nicht? Begründe. Verweise, wenn möglich, auf politische Ereignisse, die ein großes Medieninteresse verursacht haben.

### Aufgabe 2

Lies den Text aufmerksam durch und bearbeite folgende Aufgabenstellungen.

„60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland besteht kein Zweifel, dass sich unsere Demokratie bewährt hat. Dennoch: Sie ist kein ‚Selbstläufer‘, die zurückgehende Wahlbeteiligung in unserem Land zeigt das. Darum ist es wichtig, immer wieder neu für die Demokratie zu werben, deutlich zu machen, welche Errungenschaften mit ihr verbunden sind: die Achtung der Menschenrechte, die Meinungsfreiheit und auch das Recht auf freie, geheime und gleiche Wahlen, um nur einige Beispiele zu nennen. Es ist wichtig, dass gerade junge Menschen, denen die Erfahrungen von Diktatur und Gewaltherrschaft erspart geblieben sind, den Wert von Demokratie erkennen.“

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration in NRW, 2005 bis 2010

- Erkläre mit eigenen Worten die These von Laschet, dass Demokratie kein „Selbstläufer“ sei.
- Auf was können wir in Deutschland stolz sein? Unterstreiche die Textstellen, die eine Antwort auf diese Frage geben.
- Warum ist es laut Laschet wichtig, dass insbesondere junge Menschen den Wert der Demokratie erkennen? Erläutere.
- Kennst du Gruppen und Vereinigungen, die die Demokratie gezielt bekämpfen?
- „Politik heißt Verantwortung übernehmen“. Dieser Aufruf gilt nicht nur für Politiker. Überlege, welche Möglichkeiten es gibt, sich politisch zu engagieren. Was können auch Kinder und Jugendliche tun?

# Über 60 Jahre deutsche Verfassung

## Aufgabe 1

Die deutsche Verfassung ist auch unter einem anderen Namen bekannt. Setze folgende Buchstaben richtig zusammen.

S – Z – R – D – E – G – U – E – T – N – G

Die Verfassung wird auch **G** \_\_\_\_\_ genannt.

## Aufgabe 2

Vervollständige den Text.

In der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die am 23. Mai \_\_\_\_\_ in Kraft trat, werden zunächst die Menschenrechte, auch „Die \_\_\_\_\_“ genannt, aufgeführt. Diese lassen sich einteilen in Unverletzlichkeitsrechte, F \_\_\_\_\_ rechte und Gleichheitsrechte (Artikel 1 bis \_\_\_\_\_).

## Aufgabe 3

Viele Nachrichten in den Medien haben einen Bezug zu den o. g. Rechten. Prüfe, welche Artikel des Grundgesetzes in folgenden Schlagzeilen angesprochen werden. Notiere.

1) Erzieher verbietet Schülern das Tragen von Baggy Pants  
Artikel \_\_\_\_\_

2) Rentner öffnet heimlich die Briefe seiner Nachbarin  
Artikel \_\_\_\_\_

3) Tausende demonstrieren friedlich gegen Atomkraft  
Artikel \_\_\_\_\_

4) NPD: „Deutschland den Deutschen – Asylbewerber raus!“  
Artikel \_\_\_\_\_

5) Schwerverbrecher öffentlich zur Schau gestellt  
Artikel \_\_\_\_\_

6) Lehrer unterrichtet gegen seinen Willen das Fach Religion  
Artikel \_\_\_\_\_

## Der Bund und die Länder

### Aufgabe

Finde zu jedem Satzanfang das passende Ende. Trage den jeweiligen Buchstaben in die Lösungszeile ein und du erhältst ein Lösungswort.

1	Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat. So wird der Zusammenschluss ...	... ernennt und entlässt die Landesminister.	D
2	Der Bundesstaat besteht aus 16 Bundesländern mit jeweils einer eigenen ...	... einheitlich vom Bund geregelt. Dies sind z. B. die Bereiche Polizeiwesen, Kultur- und Bildungspolitik.	A
3	Der Ministerpräsident ist der Chef einer Landesregierung. Er repräsentiert das Land und ...	... Bund und Länder keine Einigung erzielen. Hier sei auch der Faktor Macht entscheidend.	M
4	Die Landesregierungen können nicht über alles allein bestimmen. Die politische Macht wird ...	... Landesregierung. Stadtstaaten werden Berlin, Hamburg und Bremen genannt.	Ö
5	Die Machtverteilung zwischen Bund und Bundesländern wird auch ...	... erforderlich. Die Artikel 20 bis 37 regeln die Beziehungen zwischen Bund und Ländern.	U
6	Wichtige Aufgabengebiete dürfen die Bundesländer selbst verwalten. Sie werden nicht ...	... unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen in den Ländern berücksichtigt werden können.	S
7	Über Bereiche der Politik, die den gesamten Staat betreffen, bestimmt der Bundestag in ...	... Föderalismus genannt. Der Begriff wird vom lateinischen Wort „foedus“ (Bündnis) abgeleitet.	R
8	Die Landesregierungen schicken Gesandte in den Bundesrat, um auf Bundesebene Einfluss ...	... Bund und Ländern. Alle staatlichen Regelungen werden von Paris aus gelenkt.	S
9	Befürworter des Föderalismus verweisen darauf, dass mit diesem System besser die ...	... von mehreren Staaten zu einem übergeordneten Gesamtstaat bezeichnet.	F
10	Gegner des föderalen Systems kritisieren, dass Entscheidungen häufig vertagt werden, da ...	... Berlin. Beispiele sind die Finanz- oder Außenpolitik.	L
11	Für Veränderungen hinsichtlich des föderalen Systems ist eine Änderung des Grundgesetzes ...	... aufgeteilt zwischen der Bundesregierung in Berlin („Bund“) und den Regierungen der Länder.	E
12	Unser Nachbarland Frankreich ist ein Zentralstaat. Dort gibt es keine Aufteilung der Macht zwischen ...	... auf die Gesetzgebung zu erhalten. Dieser kann über viele Gesetze mitentscheiden.	I

Lösungswort: \_\_\_\_\_  
 1      2      3      4      5      6      7      8      9      10      11      12

# Politische Parteien in Deutschland

## Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)

### § 1 Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien

(1) Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.

(2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranzubilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.

(3) Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder.

(4) Die Parteien verwenden ihre Mittel ausschließlich für die ihnen nach dem Grundgesetz und diesem Gesetz obliegenden Aufgaben. [...]

### Aufgabe 1

Im Parteiengesetz werden verschiedene Aufgaben genannt, die die Parteien in einer Demokratie erfüllen müssen. Welche sind deiner Ansicht nach am wichtigsten? Stelle schriftlich eine Rangfolge auf.

### Aufgabe 2

„Ihre [die der Partei] innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.“ (Artikel 21, Absatz 1, Grundgesetz)

Was bedeutet diese Formulierung? Erläutere.

### Aufgabe 3

Erstelle eine Tabelle nach folgendem Muster, in der du die Grundhaltungen der fünf bekanntesten bzw. bedeutendsten Parteien gegenüberstellst.

Grundsatzprogramme	Steuern	Arbeit u. Soziales	Familie	Gesundheit	Bildung	Umwelt u. Energie
CDU/CSU						
SPD						
FDP						
Bündnis 90/Die Grünen						
Die Linke						

Tipp: Wende dich an den jeweiligen Ortsverein/Kreisverband der Partei und bitte um einen Gesprächstermin. Die Parteiprogramme sind nicht leicht verständlich.

### Aufgabe 4

Informiere dich im Internet über Parteien, die die freiheitliche demokratische Grundordnung in Frage stellen. Unterscheide zwischen links-/rechtsextrem.

# Die Wahlgrundsätze in Deutschland

## Aufgabe 1

In welchem Artikel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland kannst du dich über die fünf Wahlgrundsätze informieren? Kreuze an.

Artikel 8       Artikel 14       Artikel 28       Artikel 38       Artikel 52

## Aufgabe 2

Ordne den Wahlgrundsätzen die jeweilige Erklärung zu. Trage die Buchstaben in die Lösungstabelle ein.

allgemein	1	Stimmen: gleiche Anzahl und gleiches Gewicht	V
unmittelbar	2	Wahlberechtigung für alle volljährigen Deutschen	B
frei	3	kein Zwang, seine Wahlentscheidung zu verraten	O
gleich	4	kein Zwang zur Stimmabgabe; „freie Auswahl“	A
geheim	5	Wähler wählen selbst die Abgeordneten	R

	1	2	3	4	5
Lösung:					

## Aufgabe 3

Welche Wahlgrundsätze sind in folgenden erfundenen Fallbeispielen betroffen? Diskutiert im Klassenverband. Haltet die Ergebnisse schriftlich fest.

<b>Fall 1:</b> Rechtsanwalt Maier ist der Meinung, dass seine Stimme mehr zählen müsste als die eines Arbeiters.	<b>Fall 2:</b> Herr Schütte ist SPD-Wähler. Sein Chef fordert ihn auf, die CDU zu wählen.
<b>Fall 3:</b> Im Wahllokal erfolgt die Stimmabgabe öffentlich.	<b>Fall 4:</b> Gemeinde will alle Frauen von der Wahl ausschließen.
<b>Fall 5:</b> Unternehmer möchte 20 zusätzliche Stimmen kaufen.	

Das politische System der BRD

## Bundestag und Bundesrat

### Aufgabe 1

Folgende Schlagzeilen geben Hinweise über die verschiedenen Tätigkeiten und Aufgaben des Deutschen Bundestages. Schreibe stichpunktartig auf.

Die Abgeordneten des Bundestages wählen Angela Merkel mit 397 zu 217 Stimmen zur Bundeskanzlerin (22.11.2005)

Bundestag stimmt zum dreizehnten Mal dem Bundeswehreinsatz im Rahmen der International Security Assistance Force (Isaf) unter Führung der NATO in Afghanistan zu (26.02.2010)

Opposition kritisiert die Pläne der Bundesregierung zur Hartz-IV-Reform

Weniger Ausgaben, weniger neue Schulden – Bundestag verabschiedet Haushalt 2011

Bundestagsabgeordneter weigert sich, den Bürgern in seinem Wahlkreis Rede und Antwort zu stehen

Norbert Lammert zum Bundestagspräsidenten wiedergewählt (27.10.2009)

### Aufgabe 2

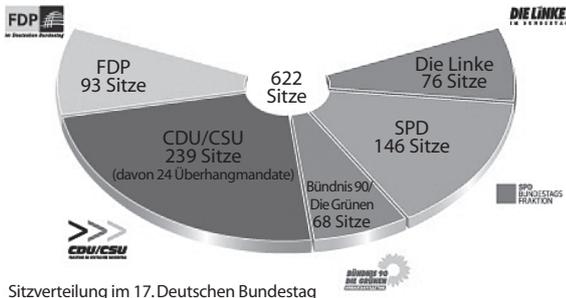
Wie setzt sich der aktuelle Deutsche Bundestag nach Mitgliedern zusammen? Notiere die Namen der Parteien und die Zahl ihrer Sitze im Bundestag.

### Aufgabe 3

Vervollständige den Lückentext.

Der Bundesrat ist die Vertr\_\_\_\_\_ der \_\_\_\_\_länder. Er setzt sich aus Mitgliedern der 1\_\_\_\_ Landesregierungen zusammen. Diese entsenden, abhängig von der Einwohner\_\_\_\_\_ des Bundeslandes, mindestes drei und höchstens \_\_\_\_\_ Vertreter. An der Gesetzgebung des B\_\_\_\_\_ ist der Bundesrat beteiligt. Zustimmungspflichtige G\_\_\_\_\_ kann er verzögern, jedoch auch scheitern lassen. Dann versucht der Vermittlungsausschuss, einen Kompromiss zwischen Bundesrat und B\_\_\_\_\_ zu finden. Die Präsidentschaft wechselt im Jahresrhythmus.

# Bundesregierung und Opposition



Sitzverteilung im 17. Deutschen Bundestag

## Aufgabe 1

Schau dir die nebenstehende Grafik aufmerksam an. Warum konnte nach der Bundestagswahl 2009 keine Partei allein die Regierung bilden?

---



---



---

## Aufgabe 2

Die Sitzverteilung erforderte 2009 die Bildung einer Koalitionsregierung. Erkläre, was man unter einer Koalition versteht.

---

## Aufgabe 3

In den Jahren von 2005 bis 2009 wurde Deutschland von einer Großen Koalition regiert. Erläutere diese Besonderheit stichpunktartig.

---

## Aufgabe 4

Seit der Bundestagswahl 2009 stellen CDU/CSU und FDP gemeinsam die Regierung. Welche Zusammenschlüsse wären rein rechnerisch auch möglich gewesen?

---

## Aufgabe 5

Vervollständige den Lückentext.

Die Bundesregierung setzt sich aus dem Bundeskanzler und den Bundes\_\_\_\_\_ zusammen.

Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom B\_\_\_\_\_ gewählt. Er ist der

Chef der Regierung und bestimmt die Richtlinien der P\_\_\_\_\_ . Die Bundesminister werden

nicht vom Parlament gewählt. Das R\_\_\_\_\_ team stellt der Bundeskanzler selbst zusammen.

Die Verteidigung der M\_\_\_\_\_ nimmt der Bundespräsident vor. Die Regierungsmitglieder (das

Ka\_\_\_\_\_ ) treffen sich regelmäßig, um wichtige Th\_\_\_\_\_ zu besprechen.

# Bundesregierung und Opposition

## Aufgabe 6

Erstelle eine Tabelle, in der du alle Bundesministerien auflistest. Notiere auch die Namen der zuständigen Minister.

## Aufgabe 7

Suche nach Erklärungen für folgende Begriffe. Notiere Stichpunkte.

Kanzlerprinzip: \_\_\_\_\_

Ressortprinzip: \_\_\_\_\_

Kollegialprinzip: \_\_\_\_\_

## Aufgabe 8

Was gehört zusammen? Schraffiere mit zwei Farben deiner Wahl.

an der Regierung beteiligte Parteien

Mehrheit

Opposition

nicht an der Regierung beteiligte Parteien

Regierungslager

Minderheit

## Aufgabe 9

Die folgenden Begriffe lassen sich der Regierung, der Opposition oder beiden zuordnen. Erstelle eine Tabelle.

Kontrolle – Macht – entgegenstellen – Durchsetzungskraft – lenken – kritisieren – streiten – Rechtfertigung – Gegenvorschläge – „bessere Regierung“ – Wichtigkeit

## Aufgabe 10

Informiere dich über die in der Verfassung verankerten Rechte der Opposition. Fertige ein Kurzreferat zu folgenden Bereichen an: Große/Kleine Anfrage, Fragestunde, Untersuchungsausschuss, Verfassungsklage

## Aufgabe 11

Beantworte folgende Fragen.

- Wer sind die beiden in der Karikatur abgebildeten Personen? Welches Amt haben/hatten sie?
- Was sagt die Karikatur über die Ziele bzw. Absichten der Opposition aus? Tipp: „Ich will hier rein!“ (Zitat)



Früh übt sich, wer ein Kanzler werden will.

## Die Träger hoher Staatsämter

In Deutschland existiert keine verbindlich festgelegte Rangordnung der höchsten Staatsämter. Als ranghöchster Repräsentant des Staates gilt jedoch der Bundespräsident.

### Aufgabe 1

Die folgende inoffizielle Auflistung der fünf höchsten Staatsämter ist unvollständig. Ergänze die fehlenden Angaben.

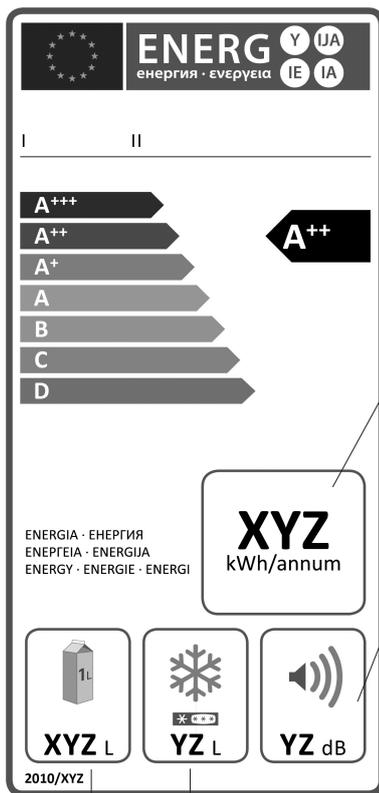
- I) Bundes\_\_\_\_\_ (Staatsoberhaupt)
- II) \_\_\_\_\_präsident (Präsident des Parlaments, gleichzeitig Präsident der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt)
- III) \_\_\_\_\_ (Chef der Bundesregierung)
- IV) Bundesrats\_\_\_\_\_ (Vorsitzender des Bundesrats)
- V) \_\_\_\_\_ des Bundesverfassungsgerichts (Oberster Richter)

### Aufgabe 2

Setze die Silben zu den gesuchten Begriffen zusammen und trage die Wörter in die Lücken ein. Achte auf die Groß- und Kleinschreibung.

sitz – ein – li – ein – kanz – bun – ler – zig – tag – tung – richt – mal – des – vier – en – vor – ni – hal

- a) Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung für fünf Jahre gewählt und kann höchstens \_\_\_\_\_ wieder gewählt werden. Wählbar ist jeder Deutsche, der mindestens \_\_\_\_\_ Jahre alt ist.
- b) Der Bundes\_\_\_\_\_ wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag gewählt. Er hat die größte politische Macht.
- c) Die \_\_\_\_\_ der Politik bestimmt der Bundeskanzler und übernimmt dafür die Verantwortung (Richtlinienkompetenz).
- d) Der Bundestagspräsident repräsentiert den Deutschen \_\_\_\_\_ nach außen. Er leitet mit seinen Stellvertretern die Sitzungen des Parlaments.
- e) Der Bundesratspräsident ist der jeweilige Chef der Landesregierung, die den \_\_\_\_\_ im Bundesrat hat. Die Amtszeit beträgt ein Jahr (1. Nov. bis 31. Okt.).
- f) Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts ist der Chef des ranghöchsten Gerichts in Deutschland. Er wacht über die \_\_\_\_\_ des Grundgesetzes.



Energieverbrauch in kWh pro Jahr (auf Basis der Ergebnisse der Normprüfung). Der tatsächliche Verbrauch hängt von der Nutzung des Gerätes ab.

Geräuschemission in Schalleistung

Energieeffizienzklasse

Name oder Marke des Herstellers, Typenbezeichnung

Gesamtnutzinhalt aller Tiefkühlfächer (Fächer mit Sternekennzeichnung)

Gesamtnutzinhalt aller Kühlfächer (Fächer ohne Sternekennzeichnung)

2.

- a) Für die Demokratie gilt es zu kämpfen, weil sie kein unveränderlicher Besitz ist. Sie muss stets gesichert und gestaltet werden, da sie auch gestürzt werden könnte. Die Menschenrechte dürfen nicht als Selbstverständlichkeit angesehen werden, auf der man sich ausruhen könne. Eine politische Teilhabe in Form von Wahlen ist zwingend notwendig.
- b) (...) die Achtung der Menschenrechte, die Meinungsfreiheit und auch das Recht auf freie, geheime und gleiche Wahlen (...)"
- c) Junge Menschen haben die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten nicht unmittelbar erlebt. In der Zeit zwischen 1933 und 1945 gab es kein freies und demokratisches Deutschland – kein Land, in dem die Menschenrechte geachtet wurden.
- d) Rechtsextreme Wählerinitiative: Bürgerbewegung pro Köln e. V.  
Linksextremistische Gruppen: MLPD, Linksruck, Die Rote Hilfe
- e) Beitritt zu einer Partei, Mitglied einer Bürgerbewegung oder einer Interessengruppe werden, Unterschriftensammlungen, genehmigte Demonstrationen, Mitbestimmungsgremien in Betrieb, Schule und Ausbildungsstätte, Diskussionen bei öffentlichen Veranstaltungen, Mails an Politiker und das Schreiben von Leserbriefen, Jugendgemeinderäte

Wirtschaften, Haus- halten, Umwelt schützen

Das politische System der BRD

## Station 2: Über 60 Jahre deutsche Verfassung

Seite 58

1. Grundgesetz
2. In der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die am 23. Mai 1949 in Kraft trat, werden zunächst die Menschenrechte, auch „Die **Grundrechte**“ genannt, aufgeführt. Diese lassen sich einteilen in Unverletzlichkeitsrechte, **Freiheitsrechte** und Gleichheitsrechte (Artikel 1 bis 19 GG).
3. 1) Artikel 2; 2) Artikel 10; 3) Artikel 5; 4) Artikel 5, 160a; 5) Artikel 1; 6) Artikel 7

## Station 3: Der Bund und die Länder

Seite 59

Lösungswort: F Ö D E R A L I S M U S  
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

## Station 4: Politische Parteien in Deutschland

Seite 60

1.
  1. Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.
  2. Parteien dienen als Mittler zwischen Staat und Volk.
  3. Parteien beeinflussen die Regierungsbildung.
  4. Parteien bringen politische Zielvorstellungen ein.
2. Die Parteien müssen in sich demokratisch aufgebaut sein, das heißt, es müssen für alle Parteiämter Wahlen stattfinden.
3. siehe <http://www.parteiprogramme.unklarheiten.de/de/startseite>
4. Rechtsextreme Parteien: NPD, DVU (Die Republikaner wurden zeitweise so eingestuft, aktuell aber nicht)  
Linksextremistische Parteien: DKP (Die Linke wurde zeitweise so eingestuft, aktuell aber nicht)

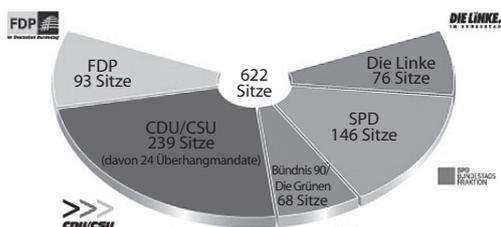
## Station 5: Die Wahlgrundsätze in Deutschland

Seite 61

1. Artikel 38
2. Lösung: 1 2 3 4 5  
B R A V O
3. Fall 1: Wahlgrundsatz: gleich  
Fall 2: Wahlgrundsatz: frei  
Fall 3: Wahlgrundsatz: geheim  
Fall 4: Wahlgrundsatz: allgemein  
Fall 5: Wahlgrundsatz: gleich

1. Wahl des Bundeskanzlers, Wahl des Bundestagspräsidenten, Beschluss des Bundeshaushalts (Finanzen), Öffentlichkeitsfunktion, Gesetzgebungsfunktion, Kontrolle der Regierung, Mandatserweiterung und -verlängerung von Bundeswehreinheiten im Ausland

2.



Sitzverteilung im 17. Deutschen Bundestag

3.

Der Bundesrat ist die **Vertretung der Bundesländer**. Er setzt sich aus Mitgliedern der **16** Landesregierungen zusammen. Diese entsenden, abhängig von der **Einwohnerzahl** des Bundeslandes, mindestens drei und höchstens **vier** Vertreter. An der Gesetzgebung des **Bundes** ist der Bundesrat beteiligt. Zustimmungspflichtige **Gesetze** kann er verzögern, jedoch auch scheitern lassen. Dann versucht der Vermittlungsausschuss, einen Kompromiss zwischen Bundesrat und **Bundestag** zu finden. Die Präsidentschaft wechselt im Jahresrhythmus.

Station 7: Bundesregierung und Opposition

- Keine Partei verfügte über die absolute Mehrheit der Stimmen bzw. Sitze im Parlament.
- Regierungsbündnis von zwei oder mehreren Parteien, das zusammen über die Mehrheit der Sitze im Parlament verfügt.
- Bündnis derjenigen (beiden) Parteien, die im Parlament am stärksten vertreten sind (in der Regel CDU und SPD).
- CDU/CSU + SPD, CDU/CSU + Die Linke; SPD/Bündnis 90-Die Grünen/FDP/Die Linke
- Die Bundesregierung setzt sich aus dem Bundeskanzler und den **Bundesministern** zusammen. Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom **Bundestag** gewählt. Er ist der Chef der Regierung und bestimmt die Richtlinien der **Politik**. Die Bundesminister werden nicht vom Parlament gewählt. Das **Regierungsteam** stellt der Bundeskanzler selbst zusammen. Die Vereidigung der **Minister** nimmt der Bundespräsident vor. Die Regierungsmitglieder (das **Kabinett**) treffen sich regelmäßig, um wichtige **Themen** zu besprechen.
- siehe: <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Bundesministerien/bundesministerien.html>

Stand: Mai 2011

Auswärtiges Amt	Guido Westerwelle
Bundesministerium des Innern	Hans-Peter Friedrich
Bundesministerium der Justiz	Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Bundesministerium der Finanzen	Wolfgang Schäuble
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Philipp Rösler
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Ursula von der Leyen
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Ilse Aigner
Bundesministerium der Verteidigung	Thomas de Maiziére
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Kristina Schröder
Bundesministerium für Gesundheit	Daniel Bahr
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Peter Ramsauer
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Norbert Röttgen
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Annette Schavan
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Dirk Niebel

7. **Kanzlerprinzip:** Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.

**Ressortprinzip:** Innerhalb der Richtlinien leitet jeder Minister sein Ministerium selbstständig und in Eigenverantwortung.

**Kollegialprinzip:** Vom Kabinett werden alle wichtigen Entscheidungen kollegial gefällt. Für den Fall, dass es Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern gibt, entscheidet das Kabinett durch Mehrheitsbeschluss.

8. an der Regierung beteiligte Parteien – Mehrheit – Regierungslager  
nicht an der Regierung beteiligte Parteien – Minderheit – Opposition

9.

Regierung	Opposition	beide
Macht	Kontrolle	streiten
Durchsetzungskraft	entgegenstellen	Wichtigkeit
lenken	kritisieren	
Rechtfertigung	Gegenvorschläge	
	„bessere Regierung“	

10. siehe: [www.hanisauland.de](http://www.hanisauland.de)

11. a) links: Gerhard Schröder, Bundeskanzler von 1998 bis 2005 (SPD)  
rechts: Sigmar Gabriel, Bundestagsabgeordneter, Parteivorsitzender der SPD

b) Beteiligung an der Regierung, Bundeskanzler stellen

1. I) **Bundespräsident** (Staatsoberhaupt)
  - II) **Bundestagspräsident** (Präsident des Parlaments, gleichzeitig Präsident der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt)
  - III) **Bundeskanzler** (Chef der Bundesregierung)
  - IV) **Bundesratspräsident** (Vorsitzender des Bundesrats)
  - V) **Präsident** des Bundesverfassungsgerichts (Oberster Richter)
- 2.
- a) Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung für fünf Jahre gewählt und kann höchstens **einmal** wieder gewählt werden. Wählbar ist jeder Deutsche, der mindestens **vierzig** Jahre alt ist.
  - b) Der **Bundeskanzler** wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag gewählt. Er hat die größte politische Macht.
  - c) Die **Richtlinien** der Politik bestimmt der Bundeskanzler und übernimmt dafür die Verantwortung (Richtlinienkompetenz).
  - d) Der Bundestagspräsident repräsentiert den Deutschen **Bundestag** nach außen. Er leitet mit seinen Stellvertretern die Sitzungen des Parlaments.
  - e) Der Bundesratspräsident ist der jeweilige Chef der Landesregierung, die den **Vorsitz** im Bundesrat hat. Die Amtszeit beträgt ein Jahr (1. Nov. bis 31. Okt.).
  - f) Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts ist der Chef des ranghöchsten Gerichts in Deutschland. Er wacht über die **Einhaltung** des Grundgesetzes.

## Quellenverzeichnis

### Der Sucht keine Chance geben

**Station 3:** Diagramm Raucherquote © Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung unter: [www.rauchfrei-info.de](http://www.rauchfrei-info.de)

**Station 8:** Bild 1: Karikaturenwettbewerb des Studienkreises zum Thema Sucht, Caroline Strohbach, 17 Jahre, 1. Preisträger Altersklasse 15–22 Jahre. Bild 2: Karikaturenwettbewerb des Studienkreises zum Thema Sucht, Malte Puck, 19 Jahre, 1. Preisträger Altersklasse 15–22 Jahre. Bild 3: Karikaturenwettbewerb des Studienkreises zum Thema Sucht, Michael Holtschulte, 19 Jahre, 1. Preisträger Altersklasse 15–22 Jahre. Bild 4: Karikaturenwettbewerb des Studienkreises zum Thema Sucht, Anh Tuan Van, 13 Jahre, 1. Preisträger Altersklasse 11–14 Jahre

### Gemeinsam leben und arbeiten

**Station 3:** Diagramm Immer weniger Kinder in Deutschland © Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter: [www.bmas.de](http://www.bmas.de)

**Station 7:** Diagramm Sitzverteilung im 17. Deutschen Bundestag © Deutscher Bundestag unter: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de); Karikatur © Burkhard Mohr